

Bekanntmachung

Die 01. Sitzung des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung findet am Mittwoch, den 26.02.2020 statt.

Beginn: 17:00 Uhr

Ort: Hansestadt Stralsund, Rathaus, Konferenzsaal

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Bestätigung der Niederschrift der 03. Sitzung des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung vom 18.12.2019
- 3 Beratung zu Beschlussvorlagen
- 4 Beratung zu aktuellen Themen
- 4.1 Prüfung Parkplatzumwandlung
Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI
Vorlage: AN 0019/2020
- 5 Verschiedenes

Nichtöffentlicher Teil

- 6 Beratung zu Beschlussvorlagen
- 7 Beratung zu aktuellen Themen -keine-
- 8 Verschiedenes

Öffentlicher Teil

- 9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

gez. Axel Peters
stell. Vorsitzender

Niederschrift
der 03. Sitzung des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung

Sitzungsdatum: Mittwoch, den 18.12.2019
Beginn: 17:00 Uhr
Ende 18:00 Uhr
Raum: Hansestadt Stralsund, Rathaus, Konferenzsaal

Anwesend:

Vorsitzende/r

Frau Ann Christin von Allwörden

stellv. Vorsitzende/r

Herr Axel Peters

Herr Marco Schröder

Mitglieder

Herr Frank Fanter

Herr Mathias Miseler

Frau Maria Quintana Schmidt

Herr Achim Stuhr

Vertreter

Frau Kerstin Friesenhahn

Vertretung für Herrn Hendrik Lastovka ab
17:04 Uhr

Protokollführer

Frau Gaby Ely

von der Verwaltung

Herr Stephan Bogusch

Frau Sabine Fielitz

Herr Florian Peters

Herr Heino Tanschus

Gäste

Herr Dittschlag

Frau Ute Kampschulte

Herr Gerhard Kampschulte

Herr Richard Kreuzberg

Herr Andreas Redlich

Herr Peter Boie

Frau Claudia Lorenz

Frau Silke van Ackern

Frau Suse Hower

Herr Thomas Grabe

Tagesordnung:

- 1 Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Bestätigung der Niederschrift der 02. Sitzung des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung vom 30.10.2019

- 3** Beratung zu Beschlussvorlagen
- 3.1** Zustimmung zur Einführung einer Satzung über die Gewährung von Aufwandsentschädigungen an Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr der Hansestadt Stralsund
Vorlage: B 0050/2019

- 4** Beratung zu aktuellen Themen

- 4.1** Sachstand Brandanschlag in Stralsund

- 4.2** Konzept zur Einführung eines Kommunalen Ordnungsdienstes (KOD)
Vorlage: ZU 0032/2019

An den SOA: Ergänzungsantrag Präventionsarbeit zur Vorlage "Kommunaler Ordnungsdienst" / B 0032/2019
Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI
Vorlage: AN 0266/2019

- 4.3** Verkehr in der Altstadt - Bürgerbeschwerde

- 5** Verschiedenes

- 9** Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Einleitung:

Von 9 Mitgliedern des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung sind zu Beginn der Sitzung 7 Mitglieder anwesend, womit die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Die Sitzung wird durch die Ausschussvorsitzende geleitet. Es erfolgt eine Tonträgeraufzeichnung.

zu 1 Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird ohne Änderungen/Ergänzungen zur Kenntnis genommen.

Abstimmung: 7 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 2 Bestätigung der Niederschrift der 02. Sitzung des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung vom 30.10.2019

Die Niederschrift der 02. Sitzung des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung vom 30.10.2019 wird ohne Änderungen/Ergänzungen bestätigt.

Abstimmung: 6 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 1 Stimmenthaltung

zu 3 Beratung zu Beschlussvorlagen

zu 3.1 Zustimmung zur Einführung einer Satzung über die Gewährung von Aufwandsentschädigungen an Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr der Hansestadt Stralsund Vorlage: B 0050/2019

Um die Thematik zu erläutern und zu begründen, erteilt Frau von Allwörden Herrn Tanschus das Wort.

Herr Tanschus verweist diesbezüglich auf die Beschlussvorlage und bringt die Unterstützung der Verwaltung für die geplante Maßnahme zum Ausdruck.

Frau von Allwörden stellt klar, dass die geplante Maßnahme schon länger eine Forderung der Feuerwehr sei. Positiv sei auch, dass mit dem Vorhaben eine Menge Verwaltungsaufwand minimiert werden könne. Die zu beschließende Aufwandsentschädigung läge mit 7,50 € über dem Durchschnitt.

Frau Quintana Schmidt zeigt sich über die Würdigung der Arbeit der Feuerwehr erfreut. Sie fragt nach dem Vorhandensein einer Brandschutzbedarfsplanung.

Herr Tanschus erläutert, dass sich die Brandschutzbedarfsplanung noch in der Abstimmung befinde und im nächsten Jahr durch die Bürgerschaft beschlossen werden könne. Dies sei die strategische Planung. Die operative Planung erfolge über den Haushaltsplan.

Herr Peters fragt, ob die 7,50 € für alle Kameraden auskömmlich seien.

Herr Redlich, Wehrführer der freiwilligen Feuerwehr Stralsund, bejaht die Frage.

Weiterhin möchte Herr Peters wissen, ob es darüber hinaus weitere Entschädigungen für die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr gäbe.

Herr Florian Peters, Leiter der Berufsfeuerwehr, verweist auf die Landesehrenamtskarte und entsprechende Bemühungen des Kreisfeuerwehrverbandes, sich dahingehend miteinzubringen. Über die Aufwandsentschädigung hinausgehende Entschädigungen hinsichtlich des Ehrenamtes seien wichtig, um weitere Mitglieder für das Ehrenamt zu gewinnen. Er stellt allerdings klar, dass er noch keine Aussagen zu konkreten Maßnahmen machen könne.

Frau von Allwörden ergänzt, dass die Landesehrenamtskarte am 01.01.2020 komme.

Weitere Fragen der Ausschussmitglieder gibt es nicht.

Die Ausschussvorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft, die Vorlage B 0050/2019 gemäß Beschlussempfehlung zu beschließen.

Abstimmung: 8 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenenthaltungen

zu 4 Beratung zu aktuellen Themen

zu 4.1 Sachstand Brandanschlag in Stralsund

Frau von Allwörden begrüßt Herrn Dittschlag von der Polizeidirektion Stralsund und bittet ihn, den Ausschuss über den Sachstand zu informieren.

Herr Dittschlag bedankt sich für die Einladung. Er verweist auf die laufenden Ermittlungen und darauf, dass er aufgrund dessen keine detaillierten Antworten auf eventuelle Nachfragen geben könne. Im Folgenden gibt er allerdings eine kurze Sachverhaltsbeschreibung. Danach hätten Mitarbeiter des Polizeireviers in der Böttcherstraße am 26. November von der Feuerwehr einen Hinweis auf einen Brand auf dem Gelände des Polizeireviers erhalten. Tatsächlich brannte ein privates Fahrzeug eines Mitarbeiters sowie ein Streifenwagen. Bei näherer Untersuchung wurden fünf Brandsätze entdeckt. Davon seien drei auf Einsatzfahrzeugen der Polizei und zwei auf Privatfahrzeugen deponiert gewesen.

Herr Dittschlag betont die hierdurch entstandene schwierige Situation für die Mitarbeiter des Polizeireviers. Zur Täterermittlung seien verschiedene Ermittlungsgruppen gebildet worden. Bereits am 28. November habe es erste Hinweise auf einen Tatverdächtigen gegeben. Dieser sei aufgrund entsprechender Hinweise bereits in Untersuchungshaft. Weitere Details könne er zum jetzigen Zeitpunkt nicht nennen.

Frau von Allwörden äußert ihr Verständnis für die bei den Mitarbeitern entstandenen seelischen Auswirkungen. Sie ruft dazu auf, immer ein offenes Auge für die Mitmenschen zu haben.

Frau Friesenhahn erkundigt sich nach dem Motiv und ob der Tatverdächtige eventuell Komplizen hatte.

Herr Dittschlag verweist auf die laufenden Ermittlungen.

Frau Quintana Schmidt fragt, ob die betroffenen Fahrzeuge Mitarbeitern gehörten.

Herr Dittschlag bejaht dies und führt weiter an, dass das Privatfahrzeug eines Mitarbeiters einen Totalschaden erlitten habe.

Herr Schröder erkundigt sich nach der Gefährdungslage für behördliche Institutionen im Allgemeinen. Falls diese erhöht sei, möchte er wissen, welche Maßnahmen ergriffen werden würden.

Herr Dittschlag geht von keiner erhöhten Gefährdungslage aus und verweist auf entsprechend vorhandene Sicherheitskonzepte für die einzelnen Dienststellen. Es wäre schwierig, einerseits für das Sicherheitsbedürfnis der Mitarbeiter zu sorgen und andererseits öffentlich wahrnehmbar und für Bürger zugänglich zu sein. Im Folgenden erläutert er dies an dem Beispiel der Videoüberwachung im öffentlichen Raum. Im Allgemeinen sei die Gefährdungslage in Deutschland aber nicht besonders hoch.

Frau von Allwörden bedankt sich bei Herrn Dittschlag für dessen Ausführungen.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt.

Die Ausschussvorsitzende schließt den Tagesordnungspunkt.

zu 4.2 Konzept zur Einführung eines Kommunalen Ordnungsdienstes (KOD) Vorlage: ZU 0032/2019

Frau von Allwörden weist auf das Vorliegen eines Ergänzungsantrages der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen/ Die Partei hin. Im Folgenden erklärt sie, dass der Änderungsantrag gesondert zu betrachten sei, da dieser die Präventionsarbeit betrachte. Diesbezüglich werde der Ausschuss nicht beschließend tätig. Stattdessen werde eine Empfehlung an die Bürgerschaft abgegeben.

Nachdem das Konzept zum Kommunalen Ordnungsdienst bereits zur Beratung in die Fraktionen verwiesen worden sei, möchte die Ausschussvorsitzende nun Änderungsanträge zu dem Konzept sammeln. Eine entsprechende Beschlussvorlage werde erst in der Bürgerschaft beschlossen.

Um den Fraktionen Gelegenheit zu geben, sich mit dem eingereichten Ergänzungsantrag zu befassen, schlägt Frau von Allwörden vor, diesen zunächst in die Fraktionen zu verweisen. Anschließend solle der Ergänzungsantrag zur Beratung in den Ausschuss eingebracht werden. Hierzu sollen der kommunale Präventionsrat und ein Vertreter des dazugehörigen Fördervereins angehört werden.

Frau von Allwörden stellt den Antrag, den vorliegenden Ergänzungsantrag AN 0266/2019 zur Beratung in die Fraktionen zu verweisen zur Abstimmung.

Abstimmung: 8 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenenthaltungen

Anschließend fragt Frau von Allwörden nach Ergänzungen zum vorliegenden Konzept in Hinsicht auf die vorangegangenen Beratungen in den einzelnen Fraktionen.

Herr Peters weist darauf hin, dass die Präventionsarbeit ein wesentlicher Punkt ist, welcher nach Meinung seiner Fraktion im Zusammenhang mit dem Konzept erörtert werden müsse.

Frau von Allwörden stellt klar, dass dies im Zusammenhang mit der Zuarbeit im Ausschuss nicht zu beschließen sei.

Herr Peters erläutert die Absicht des Ergänzungsantrages, danach solle eine weitergehende Empfehlung an die Bürgerschaft gerichtet werden.

Frau von Allwörden verweist auf die noch anstehende gesonderte Beschäftigung des Ausschusses mit diesem Thema. Sie fragt nach weiteren Änderungsanträgen zur Zuarbeit.

Herr Miseler sichert die Unterstützung seiner Fraktion für das vorliegende Konzept zu. Die Grundidee sei schlüssig und der Aufbau gut, allerdings übt er Kritik am zeitlichen Ablauf. Dieser sei aber bedingt durch die derzeitige Haushaltslage der Stadt.

Frau von Allwörden bittet Herrn Tanschus, sich zum möglichen Beginn der Umsetzung des Konzeptes zu äußern.

Herr Tanschus verweist auf die Ausführungen in dem Konzept. Die Besetzung der erforderlichen Stellen hänge von der Genehmigung des Haushaltes ab. Grundsätzlich sei zu sagen, dass der Beginn erst mit der Genehmigung des Haushaltes erfolgen könne.

Frau Quintana Schmidt teilt mit, dass ihre Fraktion über das Konzept noch nicht beraten habe und sie sich deshalb bei der Abstimmung enthalten müsse.

Weitere Änderungen/Ergänzungen zum Konzept gibt es von Seiten der Ausschussmitglieder nicht.

Frau von Allwörden bittet die Ausschussmitglieder um ein Votum zum vorliegenden Tagesordnungspunkt.

Abstimmung: 6 Zustimmungen 1 Gegenstimme 1 Stimmenthaltung

zu 4.3 Verkehr in der Altstadt - Bürgerbeschwerde

Frau von Allwörden begrüßt Familie Kampschulte. Sie nimmt Bezug auf das an Herrn Paul gerichtete Schreiben. Als Hauptkritikpunkt dessen nennt sie die unzureichenden Kontrollen bezüglich der Einhaltung der Geschwindigkeitsvorgaben und der Parkordnung. Sie fragt die Familie Kampschulte nach vorhandenem Interesse an einem Rederecht im Ausschuss.

Frau von Allwörden beantragt Rederecht für Familie Kampschulte und stellt den Antrag zur Abstimmung.

Abstimmung: 8 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

Nach erfolgter Abstimmung bittet Frau von Allwörden Frau Kampschulte, ihr Anliegen dem Ausschuss zu schildern.

Frau Kampschulte verweist auf die Anwesenheit von weiteren Bürgern, welche mit der Verkehrssituation in der Altstadt unzufrieden sind und nennt einige Störfaktoren. Ihrem Empfinden nach habe sich das Verkehrsaufkommen weiter erhöht. Frau Kampschulte erläutert ihre Bestrebungen, sich für eine verkehrsberuhigte Altstadt einzusetzen. Sie sieht in dem hohen Verkehrsaufkommen eine Gefährdung des Weltkulturerbestatus. Frau Kampschulte schlägt eine Begrenzung auf ein Tempo von 10 km/h bis 20 km/h vor. Sie betont die Unerträglichkeit der Situation für die Anwohner.

Frau von Allwörden fragt, wie viele Bürger sich den Bestrebungen von Familie Kampschulte angeschlossen hätten.

Frau Lorenz hat bei einer entsprechenden Unterschriftensammlung 350 Unterschriften zusammengetragen.

Die Ausschussvorsitzende informiert sich bei Frau Kampschulte, wie die Frage formuliert worden sei, unter der die Anwohner unterzeichnet haben.

Frau Lorenz antwortet „Für eine verkehrsberuhigte Altstadt“.

Daraufhin stellt die Ausschussvorsitzende klar, dass diese Fragestellung nicht auf das Wohlbefinden der Anwohner der Altstadt abziele. Trotzdem äußert sie ihr Verständnis für das Anliegen und führt bereits umgesetzte Maßnahmen an, welche zum Ziel haben, die Verkehrssituation in der Altstadt zu beruhigen. Zu den Effekten der Maßnahmen bittet sie Herrn Bogusch Stellung zu nehmen.

Herr Bogusch erklärt, es habe zunächst die Bestrebung gegeben, mit leichten Maßnahmen die Verkehrsberuhigung in der Altstadt zu erzielen. Als Beispiel nennt er Änderungen im Bereich der Wegweisung, Markierung der Tempo-30-Regelung auf der Fahrbahn vor dem Hafen, den Einbau von Fahrradbügeln und die Umleitung des die Hafeninsel verlassenden Verkehrs in Richtung Norden. Eine wiederholt durchgeführte Verkehrszählung konnte noch nicht ausgewertet werden. Diese wird aber Anfang nächsten Jahres erfolgen, so auch die Auswirkungen der übrigen Maßnahmen.

Frau von Allwörden fragt nach dem Stattfinden von Geschwindigkeitskontrollen und in welchem Maße Geschwindigkeitsüberschreitungen festgestellt worden seien. Sie möchte wissen, ob diese eventuell tageszeitabhängig sind, da dies so aus dem Beschwerdeschreiben hervorgehe.

Herr Bogusch erklärt, dass es hierzu konkrete Zahlen gäbe, ihm diese aber im Moment nicht vorlägen. Insgesamt sei aber festzustellen, dass die Geschwindigkeitsüberschreitungen unter dem Niveau anderer Tempo-30- Zonen lägen. Es sei also festzustellen, dass Geschwindigkeitsüberschreitungen im Bereich der Wasserstraße kein signifikantes Problem darstellen würden. Dies decke sich auch mit dem Ergebnis einer bereits schon durchgeführten Verkehrszählung. Eine besondere Problemlage sei nach derzeitigen Erhebungen nicht zu erkennen.

Herr Bogusch führt die engen und unebenen Straßen in der Wasserstraße als möglichen Grund für ein subjektives Lärmempfinden der Anwohner an.

Frau von Allwörden stimmt den Aussagen von Herrn Bogusch bezüglich der baulichen Gegebenheiten und deren Effekte auf das Geräuschniveau in der Altstadt zu, betont allerdings auch, dass daran nichts zu ändern sei, wenn man den Status des Weltkulturerbes nicht gefährden wolle. Frau von Allwörden äußert ihre Bestrebungen, dieses Thema im Ausschuss weiter zu behandeln, insbesondere im Hinblick auf die ausstehende Auswertung der bereits vorgenommenen Maßnahmen. Anfang nächsten Jahres soll das Thema erneut beraten werden.

Frau Kampschulte bittet darum, dass an Freitag-Abenden vermehrt Kontrollen durchgeführt werden, da es dann häufig zu Geschwindigkeitsüberschreitungen kommt und sogar Rennen gefahren werden.

Herr Tanschus weist darauf hin, dass bei intensiven Messungen in der Wasserstraße aus seiner Erinnerung heraus lediglich 8 Tempoüberschreitungen festgestellt werden konnten. Außerdem merkt Herr Tanschus an, dass, wenn in der Wasserstraße Kontrollen durchgeführt werden, diese nicht an Schulen oder Kindergärten erfolgen können. Die Messzeiten, die der Stadt zur Verfügung stehen, sind begrenzt.

Herr Kampschulte fragt, warum die Umfahrung der Altstadt über den Knieperwall nicht genutzt wird und ob man diese nicht besser ausschildern müsste.

Herr Stuhr merkt an, dass es sich bei der Wasserstraße um die Osttangente handelt, die genutzt wird, um nach Andershof zu kommen. Eine Umfahrung der Altstadt macht dann keinen Sinn. Von Franken nach Grünhufe macht die Nutzung der Umfahrung aber Sinn. Auch andere Parameter, wie die Breite von Autoreifen sorgen für einen unterschiedlichen Lärmpegel, welcher auf dem Kopfsteinpflaster erzeugt wird.

Herr Peters ist der Meinung, dass dafür gesorgt werden muss, den Durchgangsverkehr aus der Altstadt herauszubekommen. Die Fraktion BÜNDNIS 90/Die Grünen /Die Partei unterstützt das Anliegen von Familie Kampschulte.

Auf Nachfrage erklärt Herr Bogusch, dass eine Wegweisung nur auf den Hauptverkehrsstraßen erfolgt und beispielsweise nicht über die Wasserstraße. Herr Bogusch geht davon aus, dass es sich bei den Nutzern der Wasserstraße um ortskundige Bürger handelt. Ein zusätzliches Hinweisschild zur Nutzung des Knieperwalls hält Herr Bogusch für wenig sinnvoll.

Herr Kampschulte erklärt, dass ein Umdenken bei den Bürgern erfolgen muss, auch um die Altstadt und den Weltkulturerbe-Status zu erhalten.

Frau von Allwörden weist darauf hin, dass es für eine Reduzierung des Verkehrs in der Altstadt oder eine autofreie Innenstadt momentan keine Mehrheiten in der Bürgerschaft gibt. Der Ausschuss wird sich weiter mit der Thematik beschäftigen.

Herr Stuhr schlägt vor, den Reisebusverkehr und Lkw ab 40 Tonnen nicht mehr durch die Wasserstraße fahren zu lassen. Für den Lieferverkehr sollten nur 7,5-Tonner zulässig sein.

Herr Bogusch erklärt, dass das Ozeaneum auf der Nördlichen Hafeninsel auch von Reisebussen angesteuert wird. Hier soll es im Zusammenhang mit dem Konzept zur Umgestaltung der Nördlichen Hafeninsel Änderungen geben. Beispielsweise soll der Reisebusparkplatz auf der Nördlichen Hafeninsel entfallen. Dennoch soll eine Vorfahrt über die Straße Am Fischmarkt bis zur Semlower Brücke möglich bleiben, um dort dann den Ein- und Ausstieg zu gewährleisten. Problematisch ist außerdem die Belieferung der Flusskreuzfahrtschiffe und der Gewerbetreibenden, wie zum Beispiel EDEKA. Eine weitere Problematik stellen die Paketliefersdienste dar. Sollte man sich gegen Verkehre in der Altstadt aussprechen, ist dies nur im Zuge eines Gesamtkonzeptes mit den entsprechenden Konsequenzen möglich. Es gibt bereits ein Nachtfahrverbot für Lkw von 22:00 – 05:00 Uhr auch in Abstimmung mit den Gewerbetreibenden.

Frau von Allwörden betont, dass, sobald die Daten aus den durchgeführten Geschwindigkeitsmessungen vorliegen, das Thema erneut im Ausschuss beraten wird.

Auf Nachfrage von Herrn Kampschulte erklärt die Ausschussvorsitzende, dass über eine autofreie Innenstadt die Bürgerschaft entscheidet und momentan gibt es für dieses Vorhaben keine Mehrheiten. Frau von Allwörden macht deutlich, dass diese Entscheidung nicht alleine beim Oberbürgermeister liegt.

Herr Bogusch ergänzt, dass zu der Thematik autofreie Innenstadt ein Prüfauftrag an die Verwaltung gegangen ist, hier liegt allerdings noch kein Ergebnis vor.

Frau von Allwörden bedankt sich bei den Anwesenden und schließt den Tagesordnungspunkt.

zu 5 Verschiedenes

Die Ausschussmitglieder haben keinen Redebedarf.

Da es im nichtöffentlichen Teil der Sitzung keinen Redebedarf gibt, entfallen die übrigen Tagesordnungspunkte.

Frau von Allwörden bedankt sich für die Zusammenarbeit und schließt die Sitzung.

**zu 9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen
aus dem nichtöffentlichen Teil**

gez. Ann Christin von Allwörden
Vorsitzende

gez. Gaby Ely
Protokollführung

Titel: Prüfung Parkplatzumwandlung

Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI

Federführung:	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI	Datum:	21.01.2020
Einreicher:	Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI		

Beratungsfolge	Termin	
----------------	--------	--

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Die Stadtverwaltung nimmt eine Prüfung vor, die auf eine Aufhebung von drei Stellplätzen vor den Häusern Wasserstraße 42 und 43 zielt.

Der Ausschuss für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung ist über das Ergebnis der Prüfung zeitnah zu unterrichten.

Begründung:

In diesem Bereich mündet der vom Frankendamm kommende Radweg unmittelbar vor dem Kreisel an der Wasserstraße in die Fahrbahn auf dem Frankendamm. Die derzeit ebenfalls auf dieser Höhe rechtsseitig befindlichen Stellplätze sind so angeordnet, dass ein Einmünden auf der Fahrbahn nur rückwärts möglich ist. Dabei kann es immer wieder zu gefährdenden Situationen für die Radfahrer kommen, die auch schon dazu geführt haben, dass eine Radfahrerin bei einem Unfall schwer verletzt wurde.

TOP Ö 4.1

Hansestadt Stralsund
Der Oberbürgermeister
Büro des Präsidenten der
Bürgerschaft/Gremiendienst

Beschluss der Bürgerschaft

Zu TOP : 9.8

Prüfung Parkplatzumwandlung

Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI

Vorlage: AN 0019/2020

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt die Verweisung des Antrages AN 0019/2020 zur Beratung in den Ausschuss für Sicherheit und Ordnung mit folgendem Wortlaut:

Die Stadtverwaltung nimmt eine Prüfung vor, die auf eine Aufhebung von drei Stellplätzen vor den Häusern Wasserstraße 42 und 43 zielt.

Beschluss-Nr.: 2020-VII-01-0200

Datum: 30.01.2020

Im Auftrag

gez. Kuhn

TOP Ö 4.1

Auszug aus der Niederschrift über die 01. Sitzung der Bürgerschaft am 30.01.2020

Zu TOP : 9.8

Prüfung Parkplatzumwandlung

Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI

Vorlage: AN 0019/2020

Herr Suhr erläutert den Antrag. Es handelt sich um einen sensiblen Bereich, da sich in der Umgebung mehrere Schulen befinden. Um Unfälle, wie vor einem Jahr geschehen, zu vermeiden, wäre es sinnvoll die Parkplätze aufzuheben.

Herr Bauschke merkt an, dass das Anliegen des Antrages berechtigt ist. Er stellt jedoch fest, dass die Thematik bereits im Ausschuss für Sicherheit und Ordnung behandelt wird. Daher stellt er den Antrag, Punkt 2 des Ursprungsantrages zu streichen und den verbliebenen Wortlaut zur Beratung in den Ausschuss für Sicherheit und Ordnung zu verweisen.

Herr Haack berichtet, dass er seit 34 Jahren in der Umgebung wohnt und es in diesem Zeitraum genau diesen einen schweren Unfall gegeben hat. Dies stellt keinen Schwerpunkt da. Die bestehenden Parkplätze sind u.a. für die Gewerbetreibenden in der Umgebung von Bedeutung. Nach Ansicht von Herrn Haack müssen die Verkehrsteilnehmer in dem Bereich alle aufpassen.

Frau Kindler teilt mit, dass die meisten Radfahrer sich verkehrswidrig verhalten und den Fußweg nutzen, um den Bereich der drei Parkplätze zu umfahren.

Herr Suhr erklärt, dem Antrag von Herrn Bauschke zustimmen zu können.

Herr Paul stellt den Antrag von Herrn Bauschke wie folgt zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt die Verweisung des Antrages AN 0019/2020 zur Beratung in den Ausschuss für Sicherheit und Ordnung mit folgendem Wortlaut:

Die Stadtverwaltung nimmt eine Prüfung vor, die auf eine Aufhebung von drei Stellplätzen vor den Häusern Wasserstraße 42 und 43 zielt.

Abstimmung: Einstimmig beschlossen

Beschluss-Nr.: 2020-VII-01-0200

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Steffen Behrendt

Stralsund, 12.02.2020